

Zustimmung und Ablehnung

Frankreich und die Beitrittskandidatur der Türkei zur EU

Katrin Sold*

»» **Europa als eigenständiger Machtfaktor im internationalen Gefüge: Dieses Konzept einer „Europe puissance“ prägt die französische Außenpolitik seit den Anfängen der Fünften Republik. Es steht im Gegensatz zur Idee einer „Europe espace“, einer rein geografisch definierten Gruppe von Einzelmächten ohne umfassende politische Verflechtung.**

La Turquie face à l'« Europe puissance »

La politique étrangère de la France est caractérisée par le concept d'« Europe puissance », utilisé au début par les partisans d'une adhésion de la Turquie à l'Union européenne, et qui sert aujourd'hui d'argument à ceux qui y sont opposés. L'auteur présente ces arguments, ainsi que le rôle que peut jouer aujourd'hui la Turquie, membre de l'OTAN, dans le monde arabe, avant de résumer la position française sur cette question.

Réd.

Im Namen des Leitprinzips der „Europe puissance“ setzte Frankreich im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder europapolitische Impulse und drängte auf eine Vertiefung der europäischen Integration, insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auch der Annäherungsprozess der Türkei an Europa wurde in Frankreich von Beginn an im Hinblick auf dieses Konzept bewertet.

Im Europa der Sechs war Frankreich die einzige Weltmacht. Und die Regierung Charles de Gaulles verfolgte das Ziel, diese Rolle ebenso wie Frankreichs Autonomie gegenüber den globalen Machtzentren zu behaupten. De Gaulle war nicht bereit, den Bedeutungsverlust auf der internatio-

nalen Bühne hinzunehmen, der Frankreich nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien sowie durch den Aufstieg von USA und Sowjetunion zu globalen Machtpolen in Zeiten des Kalten Krieges drohte. Doch Frankreichs militärisches wie ökonomisches Potenzial schien nicht ausreichend, um sich langfristig als Weltmacht behaupten zu können. Die beginnende europäische Integration wurde für de Gaulle daher zum wichtigen Element seiner Strategie einer Wahrung französischer Ambitionen im internationalen Kontext. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sollte die ökonomische Grundlage und ein künftig auch politisch geeintes Europa die Plattform für den Einfluss Frankreichs in der Welt bilden.

Die französische Zustimmung zum Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Türkei (Ankara-Abkommen), mit dem die Türkei im Jahr 1963 den ersten offiziellen Schritt des Annäherungsprozesses an die europäische Staatengemeinschaft vollzog, muss daher im Kontext dieser Strategie bewertet werden. Insbesondere nachdem zu Beginn der 1960er-Jahre die französischen Pläne für eine engere Kooperation in der europäischen Außenpolitik im Rahmen einer Europäischen Politischen Union am Widerstand der übrigen fünf Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaften ge-

* Katrin Sold ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin.

scheitern waren, begrüßte Frankreich eine Heranführung der Türkei an Europa, um durch die Einbindung dieses großen Staates mit hohem militärischem Potenzial das außenpolitische Gewicht Europas zu stärken. Nicht zuletzt sollte durch eine enge Bindung des NATO-Mitglieds Türkei an die entstehende europäische Gemeinschaft der Einfluss der USA in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eingedämmt werden.

Über mehrere Jahrzehnte hatte die von Charles de Gaulle begründete Position Frankreichs gegenüber der Türkei Bestand, die dem Land am Bosphorus eine wichtige Rolle im Konzept einer „*Europe puissance*“ zuschrieb und den türkischen Annäherungsprozess an Europa unterstützte. Die Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing – der den Begriff der „*Europe puissance*“ für das gaullistische Europakonzept prägte – und François Mitterrand schufen über Parteigrenzen hinweg eine Kontinuität französischer Türkeipolitik, sodass Frankreich zum Ende des 20. Jahrhunderts als einer der wichtigsten Unterstützer des türkischen Annäherungsprozesses an Europa galt. Während der Amtszeit Jacques Chiracs Mitte der 1990er-Jahre gewann die Türkei in Folge des Zusammenbruchs des Ostblocks zusätzliche geostrategische Bedeutung. Nicht zuletzt in Rückbesinnung auf die gaullistischen Fundamente französischer Außenpolitik unterstützte Jacques Chirac im Jahr 1999 die Anerkennung der Türkei als offiziellen Beitrittskandidaten zur Europäischen Union. Erst zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde die zwar von Phasen unterschiedlicher Dynamik, doch letztendlich immer von Unterstützung für die Annäherung geprägte Haltung Frankreichs gegenüber der Türkei erstmals grundsätzlich in Frage gestellt. Eine wachsende Skepsis in Politik und Gesellschaft gegenüber weiteren EU-Beitritten in Reaktion auf die Osterweiterung spielte hierbei ebenso eine Rolle wie der Wahlsieg der religiös-konservativen Partei AKP bei den Parlamentswahlen in der Türkei im Jahr 2002. Hinzu kamen innerparteiliche Dispute um die politische Linie der Regierungspartei RPR und die Frage der Präsidentschaftskandidatur für das Jahr 2007.

Im Kontext der Europa-Debatte in Frankreich, die im Vorfeld des Referendums über einen europäischen Verfassungsvertrag entbrannte und die

eng mit der gesellschaftlichen Diskussion um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei verknüpft war, erhielt das Konzept der „*Europe puissance*“ eine neue Funktion. War es bislang ausschließlich von Befürwortern des europäischen Einigungsprozesses und Unterstützern des Türkei-Beitritts als Argument herangezogen worden, so gewann es nun ebenfalls im Diskurs der Beitrittsgegner an Bedeutung. Die Befürworter betonen in Berufung auf die gaullistische Interpretation einer „*Europe puissance*“ nach wie vor die geostrategisch sowie sicherheitspolitisch wichtige Rolle der Türkei für Europa. Ihr regionaler Einfluss auf dem Balkan und im Kaukasus sowie ihre Brückenfunktion als einzige islamische Demokratie in der Region werden dabei ebenso hervorgehoben wie ihre Bedeutung als Energietransferland und ihr militärisches Potenzial, das für die künftige Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik von großer Bedeutung sein und damit die Glaubwürdigkeit der EU als globalem Akteur fördern könnte. Doch auch die Türkeikritiker berufen sich inzwischen immer häufiger auf das Konzept der „*Europe puissance*“. Die Türkei sei, so argumentieren sie, der Einheit Europas abträglich, und gefährde somit dessen Gewicht auf der internationalen Bühne. Die Größe und die wirtschaftlichen Defizite der Türkei, die nach Meinung der Kritiker bei einem Beitritt eine Schwächung der sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion der EU bedingen würden, werden ebenso als Gründe angeführt wie die geografische Lage der Türkei in unmittelbarer Nähe zu Konfliktherden wie Syrien oder dem Iran. Der Beitritt eines islamischen Landes gefährde zudem die innere Einheit der Europäischen Union, die auf den gemeinsamen Werten und kulturellen Wurzeln Europas beruhe und eine entscheidende Bedingung für die Wahrnehmung Europas als globaler Akteur sei.

Die Diskussion um eine mögliche Vorbildfunktion der Türkei für die jungen Demokratiebewegungen in der arabischen Welt sowie der Krieg in Libyen, auf den die Türkei als NATO-Mitglied und als Regionalmacht Einfluss nimmt, könnten für Kritiker wie Befürworter Anlass sein, ihre Haltung und einige ihrer aus dem Konzept der „*Europe puissance*“ abgeleiteten Argumente an der Realität zu messen.